

WAFFENDERKRITIK

„DIE WAFFE DER KRITIK KANN ALLERDINGS DIE KRITIK DER WAFFEN NICHT ERSETZEN, DIE MATERIELLE GEWALT MUSS GESTÜRZT WERDEN DURCH MATERIELLE GEWALT, ALLEIN AUCH DIE THEORIE WIRD ZUR MATERIELLEN GEWALT, SOBALD SIE DIE MASSES ERGREIFT.“ **KARL MARX**

GEGEN DIE AFD, FÜR EIN UNI-PARLAMENT!



Seit dem vergangenen Semester versucht die AfD mit der „Campus Alternative“, an der LMU Fuß zu fassen. Im Juni kamen 200 AfD-Gegner*innen zu einer Kundgebung von „Waffen der Kritik“ vors Hauptgebäude. Wir hatten gemeinsam einen Teilerfolg, doch der eigentliche Kampf steht noch aus. Er wendet sich auch gegen die Umstände, die die AfD ermöglichen.

VON TIMO SOMMER
UND MARCO BLECHSCHMIDT

In zehn Landesparlamente ist die AfD bereits eingezogen und ist damit zugleich Ausdruck und Motor der rassistischen Welle in der BRD. Auf dieser Welle finden die Provokationen von Pegida und handfester rechter Terror statt – mit den rassistisch motivierten Mord-Anschlägen aufs OEZ in München, mit hunderten Brandanschlägen und sogar Bomben auf Einrichtungen von Geflüchteten und Muslimen. Unter dem rechten Druck verschärfte die Bundesregierung mehrmals das Asylrecht, die CSU forciert das ausgrenzende „Integrationsgesetz“ (siehe S. 3).

Auch an der LMU versuchen die Rechten sich mit ihrem studentischen Ableger, der „Campus Alternative“ (CA), festzusetzen. Waffen der Kritik hat im vergangenen Sommersemester – gemeinsam mit anderen – in einer breiten Kampagne den Rechten die

Stirn geboten, als diese als Hochschulgruppe auftreten wollten, um Räume zu bekommen. Wir hatten einen ersten Erfolg: Die CA bekommt keine Räume.

Der „Konvent der Fachschaften“, der sich als Vertretung der Studierenden aufspielt (siehe S. 2), ist aber unter dem Druck der Unileitung eingeknickt: LMU-Präsident Huber hatte gefordert, entweder die CA zuzulassen oder aufgrund der formalen Gleichheit einfach allen Gruppen den Hochschulgruppenstatus zu entziehen, an dem die Raumvergabe hängt, darunter neben uns zum Beispiel Amnesty International.

Dadurch ist denjenigen Gruppen, die sich wirklich gegen die AfD einsetzen, die Arbeit erschwert worden. Statt linken Gruppen weiter Räume zu geben und der AfD nicht – und damit ein klares Zeichen gegen Rechts zu setzen –, wählten Hochschulleitung und „Studierendenvertretung“ (StuVe) den widerstandlosen Weg, unterschiedslos alle

rauszuerwerfen. Der Kampf gegen die AfD ist nun geschwächt, denn vor allem politisches Engagement verhindert die Rechten, nicht der formale Entzug von Zulassungen.

In einer Gesellschaft, wie sie die AfD will, wollen wir nicht leben. An einer Uni, wie sie die CA will, wollen wir nicht studieren. Ihre Anwesenheit ist ein Angriff auf Frauen, Migrant*innen und LGBT* und niemals mit einem heuchlerischen Verweis auf Demokratie zu rechtfertigen. Die Reaktionär*innen, ob von der CA oder den Burschenschaften, dürfen hier keinen Platz haben. Die LMU muss eine Uni für alle sein, kein Elfenbeinturm für eine wie auch immer konstruierte „Elite“. Sie muss die Interessen derjenigen vertreten, die hier lehren, lernen und arbeiten.

Die Rechten wollen eine exklusive Universität. Sie sind gegen alles, was ihrem...

...konservativen Familienbild mit klassischer Rollenverteilung widerspricht (siehe S. 4). Sie wollen keine Ehe für alle und lehnen die Gleichberechtigung aller Geschlechter ab. Sie wollen weiterhin, dass LGBT*-Menschen ihre Identität verstecken, wenn sie an der LMU arbeiten. Dazu arbeitet die CA mit in München bestens bekannten gewaltbereiten, rechtsextremen Strukturen zusammen. Wer so massiv Menschen ausschließen will und bedroht, kann sich nicht auf „Demokratie“ berufen, ohne diese völlig ihres Inhalts zu berauben.

Alle reden von Demokratie. Aber welche Demokratie wollen wir? Wir wollen eine Universität, an der Migrant*innen, Frauen und LGBT*-Menschen sich frei entfalten können. Die Uni muss Geflüchteten offenstehen, also ihre Bildungsabschlüsse anerkennen.

Um allen auch materiell das Studium zu ermöglichen, brauchen wir ein bezahlbares Semesterticket mit der Perspektive des kostenfreien öffentlichen Nahverkehrs. Gerade in einer Stadt wie München brauchen wir außerdem bezahlbaren Wohnraum. Leerstehende Wohnungen müssen unter Mieter*innen- und Arbeiter*innenkontrolle enteignet werden und der Erfüllung des ele-

mentaren Rechts auf Wohnen dienen, nicht der Spekulation. Prekarisierung muss aufhören: Keine Werkverträge mehr, sondern unbefristete Arbeit durch Tarifverträge für alle.

An der LMU wird unter Chemie-Profes-



Foto: „Jugend gegen Rassismus“ im April.

sor Klapötke noch immer Waffenforschung im Auftrag von NATO, US Army und Bundeswehr betrieben. So ist unsere Uni ein Rad im großen Getriebe des Kriegseinsatzes Deutschlands im Nahen Osten und in Afrika. Die Kriegsforschung muss sofort beendet und die Mittel müssen für zivile Projekte bereitgestellt werden.

Im Moment dient die Uni den Interessen des Kapitals, das nur an einer reibungsfreien Abwicklung ihrer Geschäfte und dem Heranziehen unkritischer Lohnabhängiger interessiert ist: Konzerne, die mit ihren „Kooperationen“ die Forschung in ihrem Sinne beeinflussen und mit ihren Jobbesessenen das Hauptgebäude belagert halten, müssen raus. Ihre Interessen stehen den Interessen der Studierenden, Lehrenden und Arbeiter*innen diametral gegenüber.

Die Studierenden machen mit über 52.000 Menschen die Mehrheit der Hochschulangehörigen aus – im obersten Gremium sind sie aber nur mit zwei Leuten vertreten, der offizielle studentische „Konvent“ hat kein Mandat. Auf eine Stellvertreter*innenpolitik, die vor der CA kuscht, wollen wir uns nicht verlassen, sondern selbst kämpfen.

Deshalb brauchen wir ein Uni-Parlament, um eine Uni ohne Rassismus, Sexismus, Trans- und Homophobie zu ermöglichen. Ein Parlament, das demokratisch legitimiert ist und in dessen Rahmen alle, die an der LMU arbeiten, lehren und lernen, entscheiden können, was hier passiert.

LMU-INFO: WO DARFST DU MITREDEN?

Oft kritisieren wir in unseren Artikeln, dass Studierende nichts zu sagen haben an der Uni. Doch wie funktioniert eigentlich die „studentische Mitbestimmung“? Eine Übersicht zum Gremienwald an der LMU.

Die Universität gliedert sich in zentrale Gremien und Fakultäten. An manchen Fakultäten gibt es mehrere Fächer. Für jedes Fach wählst du eine Fachschaftsvertretung. Dort treten meist nur die „Fachschaftsinitiativen“ als Listen an, ohne ein bestimmtes Programm, die eigentlich automatisch gewählt werden.

Die Fachschaft wählt wiederum Vertreter*innen in zwei „Konvente“. Einmal gibt es einen solchen Konvent auf der Ebene der Fakultät („Fakultätskonvent“) und einmal auf der Ebene der ganzen Universität, den „Konvent der Fachschaften“. Der Fakultätskonvent wählt dann zwei Vertreter*innen in den Fakultätsrat, das oberste Organ auf Ebene der Fakultät. Der Konvent der Fachschaften wählt zwei studentische Vertreter*innen in den Senat, ein zentrales Gremium der Universität, was sich um akademische Angelegenheiten (z.B. Prüfungsordnungen) kümmert. Er

ist aber noch nicht das höchste Gremium der Uni.

Das ist der Hochschulrat, der zum Beispiel die Grundordnung der LMU beschließt und den Präsidenten wählt, momentan Bernd Huber, der sein Amt seit mittlerweile 14 Jahren innehat. In diesem Hochschulrat sind neben fast allen Senatsmitgliedern noch zehn weitere Mitglieder, die der Hochschule überhaupt nicht angehören. Sie kommen unter anderem aus der Wirtschaft wie zum Beispiel ein Vertreter der LfA Förderbank Bayern und werden auf Vorschlag des Bayerischen Wissenschaftsministeriums vom Senat bestätigt.

Klingt alles ziemlich verwirrend. Das ist es auch. Du darfst einmal wählen. Dann vergehen aber noch zwei weitere Wahlen und dann kommen noch Leute in ein Gremium hinzu, die überhaupt nicht gewählt wurden, die aber

mitbeschließen. Und mal so nebenbei: Der Konvent der Fachschaften kann außer Partys de facto nichts beschließen. Er darf sich nicht zu allgemeinen politischen Themen äußern. Und er hat letztes Semester auf Druck der Univerwaltung sämtliches studentisches Engagement in Form von Hochschulgruppen ausgeschlossen. Damit ist das oberste studentische Gremium mehr Erfüllungsgehilfe für die bürokratische Unileitung als eigenständige studentische Selbstverwaltung.

Statt der undemokratischen Herrschaft von Präsident Bernd Huber und seinen Gremien wie Hochschulrat, Senat und dem machtlosen Konvent wollen wir ein Uni-Parlament. Hier sollen alle vertreten sein, die hier lernen, lehren und arbeiten. Dort sollten alle wichtigen Entscheidungen getroffen werden, demokratisch legitimiert.

LEGALER RASSISMUS: CSU-„INTEGRATIONSGESETZ“

VON MARIUS MAIER

„Die Verteidigung der deutschen Grenze mit Waffengewalt als Ultima Ratio ist eine Selbstverständlichkeit.“ Die gesamte AfD-Spitze unterstützt diese Aussage. Für die Rechten sind Grenzen selbstverständlich, samt Stacheldraht und Schießbefehl.

Doch damit sind sie nicht allein: Angela Merkel sagt: „Unser Ziel muss sein, die illegale Migration so weit wie möglich zu stoppen.“ Der Schießbefehl ist längst Realität, wenn auch nicht an der deutschen, sondern an der türkischen Grenze – finanziert durch europäisches Geld im Erdoğan-Merkel-Deal.

Alle im Parlament vertretenen Parteien – von der CSU bis hin zur Linkspartei – unterstützen Abschiebungen und wollen noch mehr Polizei. 2016 wird das Jahr mit den meisten im Mittelmeer ertrunkenen Geflüchteten sein – sie wurden ermordet durch die Festung Europa.

Die zahlreichen Asylgesetzverschärfungen und Abschiebungen sind Wasser auf die Mühlen der Rechten. Während AfD und Pegida den Migrant*innen das Leben auf der Straße unerträglich machen, werden sie gleichzeitig von Polizei und Behörden terrorisiert. Sie sind schon jetzt deutlich in ihrem Recht auf Wohnungswahl oder dem Zugang zu Bildung eingeschränkt. Um arbeiten zu dürfen, bedarf es einer gesonderten Erlaubnis, die oft nicht erteilt wird.

Die CSU-Landesregierung bereitet im Moment einen weiteren Angriff auf die Rechte von Geflüchteten und von Personen mit mindestens einem migrantischen (Groß-) Elternteil vor. Das „bayerische Integrationsgesetz“ stellt ein Ausgrenzungsgesetz von allen Migrant*innen, nicht nur von Geflüchteten, dar, das eine Paralleljustiz aufbaut. Die



Foto: „Refugee Struggle for Freedom“ im September.

protestierenden Non-Citizens von „Refugee Struggle for Freedom“ formulieren das so:

„Menschen sollen auf eine Leitkultur verpflichtet werden. Kinder in Geflüchtetenunterkünften sollen von der Schule ausgeschlossen werden können, sogar die anerkannten Geflüchteten dürfen mittlerweile ihren Wohnort nicht mehr selbst bestimmen. Die Polizei dürfte per Gesetz in den Geflüchtetenlagern willkürlich und ohne richterlichen Beschluss schalten und walten wie sie will. Das verletzt grundsätzliche Bürgerrechte in Deutschland. Noch absurder wird es, wenn der bayerische Staat vor Schwimmbädern, Bibliotheken und anderen öffentlichen Einrichtungen Grenzkontrollen einführen möchte.“

Das neue Gesetz soll die „freiheitlich-demokratische Grund- und Werteordnung“ schützen. Vor der Einschulung sollen „Sprachstanderhebungen“ das Sprachniveau von Migrant*innen feststellen. Hier soll vor allem

auch überprüft werden, ob sie sich angemessen in der „hier üblichen Mimik und Körpersprache“ ausdrücken können. Und wer durch „Verunglimpfung“ zum Ausdruck bringt, dass er mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ nicht einverstanden ist, dem droht ein Zwangskurs „über die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Wer dort nicht erscheint, kann ein Bußgeld von bis zu 50.000 Euro aufgebremst bekommen.

Neben erweiterten behördlichen Sanktionen bekommt auch die Polizei durch das geplante Gesetz mehr Macht über das Leben der Migrant*innen und der Menschen, die der Polizei nicht deutsch genug aussehen. Wer als Migrant*in die „verfassungsgemäße Ordnung unterläuft“, also beispielsweise gegen Abschiebegesetze demonstriert, muss ebenfalls eine hohe Geldbuße zahlen.

Wir wollen diesen Angriff gemeinsam mit

WER WIR SIND

Waffen der Kritik gibt es seit 2015 und ist eine gemeinsame Uni-Gruppe von organisatorisch unabhängigen Studierenden und Lohnabhängigen sowie Aktivist*innen von RIO (Revolutionäre Internationale Organisation).

Wir organisieren Kundgebungen und Demos, nehmen an Bündnissen wie „Jugend gegen Rassismus“ teil, machen Diskussionsveranstaltungen und Workshops,

Seminarwochenenden, Lesekreise, SoLi-Partys und Filmabende.

Wir unterstützen aktiv Refugee-Proteste, gehen zu Pegida-Blockaden, machen antirassistische Teach-Ins an der Uni, Protest gegen Militarisation und Kriegseinsätze oder Aktionen gegen rechte Gruppen wie die „Campus Alternative“ der AfD.

Wir fordern eine Uni im Interesse aller, die hier leben, studieren, arbeiten. Um das zu erreichen, treten wir für Selbstorganisation von Rassismus, Sexismus, Homo- und Transphobie Betroffener und

für einen gemeinsamen Kampf mit der Arbeiter*innenklasse ein.

Wir publizieren Artikel und Berichte auf KlasseGegenKlasse.org, einer täglich aktualisierten Nachrichtenseite mit internationaler Vernetzung in sechs Sprachen. Die Website stellen wir Kämpfen zur Verfügung. Du kannst dort selbst Autor*in werden.

Du findest uns auch auf [fb.com/waffenderkritikmuenchen](https://www.facebook.com/waffenderkritikmuenchen) und [fb.com/klassegegenklasse](https://www.facebook.com/klassegegenklasse).



SELBER KÄMPFEN: FRAUEN UND LGBT* GEGEN DIE AfD

VON RESA LUXEMBURG

Mitglieder und Abgeordnete der Alternative für Deutschland (AfD) sorgen in deutschen Medien fast täglich mit rassistischen, islamophoben Aussagen für Schlagzeilen. Dass die AfD ein Feind jeglichen Fortschritts ist, wird ebenso deutlich, wenn sich diese Menschen zu Fragen der Familie, Frauen und LGBT* äußern: Die Partei behauptet, dass die deutsche Regierung eine Art „Staatsfeminismus“ verfolgt, welcher dafür Sorge, dass Frauen in Familien keine Wahlfreiheit zwischen Heim- und Lohnarbeit hätten. Gleichzeitig findet eine positive Betonung der Mutterrolle statt. Frauen sollen nach Willen der AfD ermutigt werden, wieder vermehrt ihre „natürliche“ Aufgabe zu erfüllen.

Doch die Rückkehr in die private, unentgeltliche Reproduktionsarbeit (kochen, waschen, putzen, Kinder erziehen) ist keine Befreiung, sondern dient der Wiederherstellung der Kleinfamilie, welche Frauen unterdrückt. Die Vorsorgeehe macht Frauen abhängig von Männern, zwingt sie, ohne eigenes Einkommen, in missbräuchliche Beziehungen und macht ihre reproduktive Arbeit selbstverständlich und damit unsichtbar. Statt die bürgerliche Kleinfamilie also zu konservieren, wie die AfD es vorschlägt, wollen wir sie und die mit ihr einhergehende Unterdrückung abschaffen. In Kindergärten, Wäschereien, Kantinen können reproduktive Aufgaben effektiver und kollektiv organisiert werden. An den Universitäten ist dafür eine Ausweitung der Kinderbetreuung der erste Schritt.

Dem stellt sich Frauke Petry als weibliches Gesicht der AfD entschieden entgegen. Die ehemalige Unternehmerin mit moderner Kurzhaarfrisur will deutschen Frauen zeigen, dass es möglich ist, als Frau und Mutter in Deutschland erfolgreich zu sein. Sie nennt es „wünschenswert, dass eine normale deutsche Familie drei Kinder hat“, und fordert ein Volksbegehren für eine Verschärfung des Abtreibungsparagrafen 218 des Strafgesetzbuchs, dessen Abschaffung wir fordern. Die Tatsache, dass sie als Frau in der AfD Mitglied ist und sogar einen führenden Posten bekleidet,

benutzt Petry als Argument gegen Vorwürfe von Frauenfeindlichkeit. Auch andere Frauen in der AfD, wie zum Beispiel Beatrix von Storch, weisen Misogynie offiziell von sich. Gleichzeitig beteiligen sie sich im Bündnis mit evangelikalen, fundamentalistischen Kräften an Aktionen gegen freie Abtreibung, wie dem „Marsch für das Leben“ in Berlin. Die Partei „wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären“, wie sie in ihrem Grundsatzprogramm von Mai 2016 schreibt. Sie versteht freie Abtreibung als fehlerhaften Eingriff in die deutsche Demographie und wendet sich dagegen, die rücklaufenden Bevölkerungszahlen durch Masseneinwanderung auszugleichen. Daran ist erkennbar, worum es in ihrer Ablehnung von Schwangerschaftsabbrüchen eigentlich geht: den Schutz der deutschen Familie, mit einer Mutter und einem Vater.

Denn auch die Elternschaft von gleichgeschlechtlichen Paaren ist der Partei ein Dorn im Auge. Ein freieres Adoptionsrecht lehnt die AfD strikt ab. Dabei will die AfD keine offen homophobe Partei sein. Schließlich existiert auch eine Bundesinteressengemeinschaft „Homosexuelle in der AfD“. Auch die offen lesbische Landesvorsitzende der Jungen Alternative in Thüringen, Jana Schneider, teilt aber die Ablehnung der gleichgeschlechtlichen Ehe und meint, ein Kind müsse mit Vater und Mutter aufwachsen, um psychisch gesund zu sein. Diese Darstellung ist zutiefst heteronormativ und mit der Auffassung der bürgerlichen Familie als „natürlicher Keimzelle“ der Gesellschaft eng verwoben. Die Leben von LGBT*-Menschen widersprechen dieser heterosexuellen, monogamen Normalität und erfahren daher starke Angriffe – auch aus Reihen der AfD. So nannte ein Direktkandidat für die Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses Homosexuelle eine „degenerierte Spezies“. Ein Abgeordneter



Foto: Demo gegen „Marsch für das Leben“ (Berlin).

des Landtags Sachsen-Anhalt forderte, dass Homosexuelle inhaftiert werden sollten.

Die Schaffung von Posten wie die der Gleichstellungsbeauftragten, was der Reformismus von SPD, Linkspartei und Grünen vorschlägt, ist keine ausreichende Antwort auf Frauen- und LGBT*-feindliche Bewegungen. Wenn wir erkämpfen wollen, dass Frauen über ihre Körper selbst entscheiden können, dass die Ehe für alle geöffnet wird und dass Sexist*innen und LGBT*-Feinde nicht weiter ihre Hetze verbreiten können, dürfen wir uns nicht auf Stellvertreter*innenpolitik verlassen. Wir müssen vielmehr die Ursachen der Unterdrückung angreifen und sie letztendlich auflösen, statt mit „feministischen“ Posten die Illusion zu befeuern, dass dieses System von innen reformierbar ist. Solche Posten können die Kräfteverhältnisse, auf denen geschlechtliche und sexuelle Unterdrückung beruht, nicht ändern, sondern sie nur verwalten. Der Kampf gegen Frauenunterdrückung ist keine Frage von reiner Repräsentation: Merkel ist eine Frau, sie greift aber Millionen Frauen in Deutschland durch Prekarisierung an, noch viel mehr Millionen Frauen in anderen Ländern durch Krieg und Abschottung. Wir Frauen und LGBT*-Menschen müssen uns stattdessen selbst gegen die Diskriminierung, die wir erfahren, organisieren und gemeinsam mit allen kämpfen, die unser Ziel einer Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung teilen.



KLASSE GEGEN KLASSE

täglich aktualisierte Berichte, Analysen und Meinungen der Revolutionären Internationalistischen Organisation

WAFFENDERKRITIK